

Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit
Frau Weiss
Krausenstraße 17-18
10117 Berlin

Antje von Broock
Stellv. Bundesgeschäftsführerin
Politik und Kommunikation

Fon: 030 27586434
Fax: 030 27586460
antje.vonbroock@bund.net

Offener Brief
Geplante Erweiterung Beratungsgruppe Fachkonferenz Teilgebiete

18. Oktober 2019

Sehr geehrte Frau Weiss,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 27.09.2019 an den Mailverteiler der Mitglieder der Beratungsgruppe Fachkonferenz Teilgebiete sowie auf die E-Mail von Herrn Behn vom 08.10.2019.

Die Fachkonferenz Teilgebiete ist, als erstes im Standortauswahlverfahren vorgeschriebenes formales Format der Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Suche nach einem unterirdischen Lager für hochradioaktive Abfälle, ein wichtiges Gremium. Da sich bereits jetzt eine schwierige Ausgangssituation abzeichnet (Zeitdruck, Komplexität, unklare Teilnehmendenzahl), bedarf es einer guten Vorbereitung, um überhaupt arbeitsfähig zu sein.

Wir begrüßen es grundsätzlich, dass die Beratungsgruppe erweitert werden soll, bedauern aber sehr, dass trotz der erheblichen Kritik am bisherigen Vorgehen und den ganz konkreten Vorschlägen zur zukünftigen Ausgestaltung der Beratungsgruppe nun lediglich die Vergabe eines einzelnen Sitzes in der Beratungsgruppe Fachkonferenz Teilgebiete in einem undurchsichtigen Los-Verfahren an eine Person aus einer gesellschaftlichen Organisationen erfolgen soll, die lediglich das Kriterium erfüllen „sollte“, dass ihre Arbeit mit der Frage der Standortauswahl verbunden sei.

Das ist viel zu kurz gegriffen und könnte bedeuten, dass letztendlich eine Organisation mit am Tisch sitzt, die ein wirtschaftliches Interesse im Kontext des Baus eines Atommülllagers hat, sei es mit dem Ziel der Realisierung oder Abwendung.

Statt unklarer Wünsche sind hier aus unserer Sicht klare, transparente Kriterien auszuformulieren und anzuwenden und Vertreter*innen der vier in § 9 (1) StandAG genannten Teilnehmenden – Bürger*innen, Vertreter*innen von Gebietskörperschaften, Vertreter*innen gesellschaftlicher Organisationen sowie Wissenschaftler*innen – einzuladen.



Zudem fordert der BUND, wie es in § 10 (3) StandAG für die Regionalkonferenzen gilt, hier die Regelung einer Drittelparität zugrunde zu legen.

Als Begründung für die kleine Gruppe und die vorausgewählten Teilnehmenden wird vom Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit angeführt, dass dies die Arbeitsfähigkeit erhalte. Wirksame und ernstgemeinte Beteiligung hat jedoch gerade das Ziel eine bessere Arbeitsfähigkeit herzustellen, auch bei großen Gruppen.


Die restriktive Einladungspolitik und dieses Auswahlverfahren helfen nicht dabei die in Ihrem Beteiligungskonzept festgeschriebenen Zielgruppen der Projektgruppe Fachkonferenz Teilgebiete, nämlich „insbesondere die engagierte Öffentlichkeit und kommunale Gebietskörperschaften“ (S.15), adäquat miteinzubeziehen.

Auch auf den zeitlichen Aspekt müssen wir leider wieder einmal Bezug nehmen. Anstatt den Mitte August geäußerten Vorschlag zeitnah umzusetzen, kommt der Aufruf zur Beteiligung erst eineinhalb Monate später, mit gerade einmal zweiwöchiger Bewerbungsfrist. Für einen großen basisorientierten Verband wie den BUND eine unzumutbare Fristsetzung.

Das Standortauswahlgesetz fordert ein partizipatives, wissenschaftsbasiertes, transparentes, selbsthinterfragendes und lernendes Verfahren, nicht ein Punkt davon wurde bei der Einsetzung der Beratungsgruppe Fachkonferenz Teilgebiete bisher umgesetzt.

Wir fordern Sie dringend auf, Ihr Vorgehen im Sinne unseres Vorschlages zu überdenken. Eine Beteiligung an einem Losverfahren unter diesen Umständen kommt für den BUND nicht in Frage.

Mit freundlichen Grüßen



Antje von Broock
Stellvertretende Bundesgeschäftsführerin Politik und Kommunikation

Eine Kopie dieses Schreibens erhält Herr Präsident König